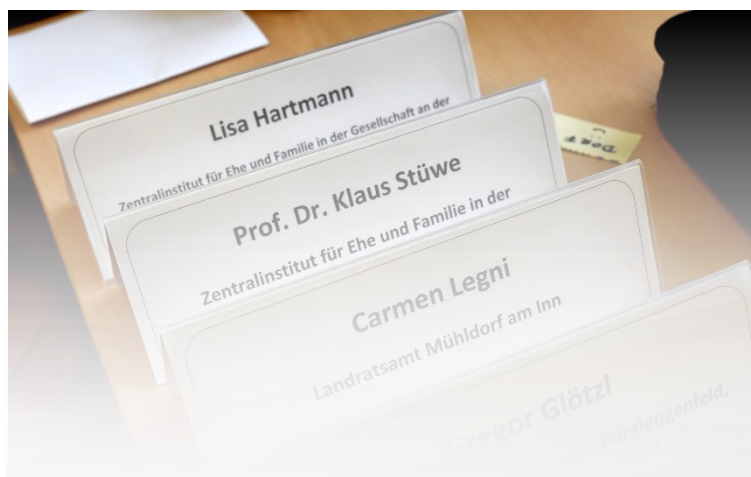




VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION | 26.07.2017



Frühkindliche Bildung. Zusammenwirken von Management und Monitoring

Werkstatt der Transferagentur Bayern am 26.07.2017
in Maxhütte-Haidhof im Landkreis Schwandorf

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Deutsches
Jugendinstitut



metropolregion nürnberg

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung gefördert

In der frühen Kindheit wird die Basis für ein lebenslanges Lernen gelegt - und Kommunen haben in diesem Bereich weitreichende Gestaltungskompetenzen. Im Rahmen eines kommunalen Bildungsmanagements und -monitorings können diese zielgerichtet weiterentwickelt werden. Zur Werkstatt „Frühkindliche Bildung. Zusammenwirken von Management und Monitoring“ waren alle eingeladen, die in bayerischen Kommunen im Bildungsmanagement und/oder im Bildungsmonitoring tätig sind, sich gemeinsam mit dem Zusammenwirken ihrer Arbeitsbereiche zu beschäftigen.

Alexander Spitzer, Leiter des Mehrgenerationenhauses Maxhütte-Haidhof, begrüßte die Anwesenden an einem Ort, an dem vor einigen Wochen die Bildungskonferenz des Landkreises auch zum Thema Frühkindliche Bildung stattgefunden hat. Das Mehrgenerationenhaus wirke als wichtige Bildungsstätte für Personen im Alter zwischen 16 und 70 Jahren und freue sich, auch überregional als Ort des Austauschs dienen zu können. Er wünschte der Werkstatt einen guten Verlauf.

Interkommunale Kooperation für ein Netzwerk frühkindliche Bildung

Gregor Glözl stellte als Leiter der Geschäftsstelle das Städtedreieck Burglengenfeld, Maxhütte-Haidhof, Teublitz vor. Der Verein, der von den drei Kommunen finanziell wie ideell getragen wird, muss seit der Entstehung 2009 viel unter einen Hut bringen: Um Synergieeffekte nutzbar zu machen, müssen drei Verwaltungen kooperieren, sich in bestimmten Bereichen Personal wie den Archivar teilen und teilweise ganze Projekte gemeinsam planen (z.B. Recyclinghof). Neben einer gemeinsamen Identitätsbildung und Öffentlichkeitsarbeit der Region profitieren die Gemeinden finanziell, z. B. durch die Möglichkeit gemeinsamer Beschaffung. Auch im Bildungsbereich konnte Glözl von Erfolgen der Zusammenarbeit berichten. Die vorhandenen Strukturen wie das Bürgermeistertreffen, der gemeinsame Stadtratsausschuss und regelmäßige Verwaltungstreffen zahlen sich hierbei aus: Die Volkshochschule, ein Schul- und ein Büchereiverbund werden bereits gemeinsam getragen. Nun arbeitet das Städtedreieck mit der Unterstützung des Bildungsmonitorings des Landkreises an einer Zusammenarbeit im Bereich der frühkindlichen Bildung. Der neue Baustein kam mit einer positiven Selbstverständlichkeit hinzu. Die demografische Entwicklung stellt das Städtedreieck vor Herausforderungen, u.a. wegen der Nähe zur boomenden Stadt Regensburg. Die Analysephase sei schon abgeschlossen, die Umsetzung der Maßnahmen werde demnächst beginnen. Details des Projekts waren Inhalt des Forums am Nachmittag.



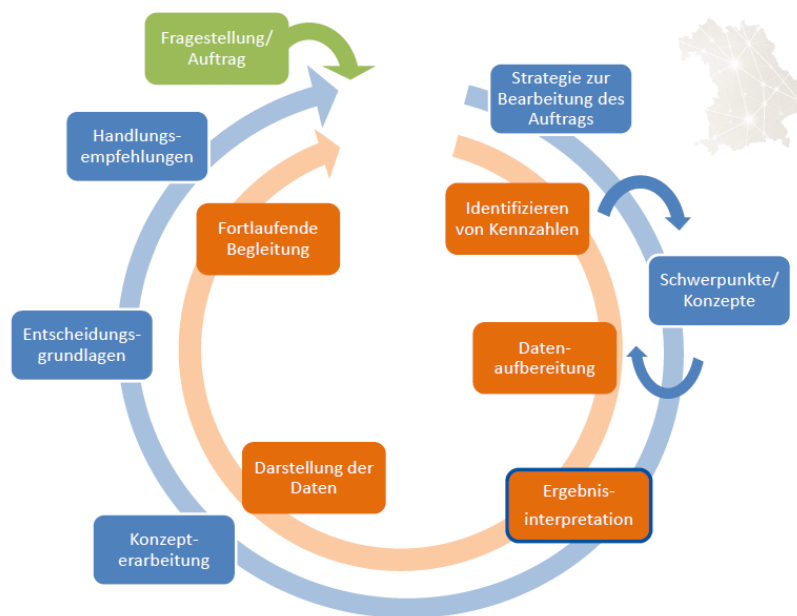
Was Glözl anderen Kommunen mitgeben wollte: Interkommunale Zusammenarbeit könne viele lohnenswerte Früchte tragen, wenn sie institutionalisiert ist und hartnäckig betrieben werde. Institutionalisierung heiße, eine klare Verteilung der Aufgaben (z.B. zwischen den Sachgebieten) zu definieren. Dadurch findet eine Entpersonalisierung statt, die langwierige Prozesse verhindern hilft. Trotzdem seien lange Zeithorizonte, z. B. für drei nötige Stadtratsbeschlüsse oder die gemeinsame Terminfindung mit zwei Bürgermeisterinnen und einem Bürgermeister, nicht zu unterschätzen. Gleichzeitig legt die hier aufgebaute Struktur die Basis für ein erfolgreiches interkommunales Bildungsmanagement.

Zusammenwirken von Management und Monitoring – Impulse aus der Transferagentur

Florian Neumann, Leiter des Regionalbüros Nord der Transferagentur Bayern in der Europäischen Metropolregion Nürnberg, führte anschließend in die Inhalte der Werkstatt ein: Die Frühkindliche Bildung ist ein Themenfeld, mit dem sich jedes kommunale Bildungsmanagement früher oder später intensiv befasst. Kommunen besitzen hier originäre Kompetenzen und bieten in Kooperation mit zahlreichen Bildungsakteuren Eltern und ihren Kindern vielfältige, sowohl gesetzlich vorgeschriebene als auch freiwillige Leistungen an. So gesehen erbringt hier jede Kommune bereits komplexe Managementaufgaben.

Ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement (DKBM) baut darauf auf und fügt eine neue Qualität hinzu: Es analysiert in einem Monitoring den regionalen Ist-Zustand und Bedarf und verknüpft die Erkenntnisse mit einem Gesamtüberblick über das kommunale Bildungsgeschehen, es trägt dazu bei, Akteure besser zu vernetzen und zu koordinieren und legt das Augenmerk auf zusätzliche Themen wie z. B. die Bedarfsgerechtigkeit der Angebote.

Mit einer Grafik zum DKBM-Steuerungskreislauf visualisierte Neumann das Zusammenspiel von Bildungsmanagement und -monitoring und hob auch den möglichen Einstieg in den Kreislauf hervor: der Auftrag oder die Fragestellung, die an das Bildungsbüro herangetragen werden. Denkbar wäre eine Frage aus dem Kreistag/Stadtrat oder einem Ausschuss ebenso wie ein Arbeitsauftrag aus der Verwaltung oder aus dem Steuerungsgremium des Bildungsmanagements. Neumann wies auf den aktuell in der modernen Unternehmenskultur angesagten Begriff des „agilen Managements“ hin, der sich v. a. auf die ständige Reflexion auch nach der Auftragsvergabe bezieht, und in dieser Hinsicht in einem gut funktionierenden DKBM-Kreislauf immer gelebt wird.



Welche Ansprüche das Handlungsfeld der frühkindlichen Bildung an das DKBM stellt, zeigt ein Blick auf die Bildungsorte und -akteure, die im Alltag eines aufwachsenden Kindes eine wichtige Rolle spielen: die eigene Familie, die Freunde, die tägliche Umgebung, die Kita oder die Grundschule, der Sportverein, die Stadtbibliothek und anderes mehr. Für jedes Kind findet Bildung informeller, non-formaler und formaler Art gleichzeitig an vielen Orten statt und hinter jedem dieser Orte stehen wiederum Institutionen und Verwaltungsbereiche, die im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Aspekte kindlicher Bildung regulieren. Auch die Bayerischen Bildungsleitlinien für die Bildung und Erziehung von Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit betonen, dass Kinder Kompetenzen an vielen verschiedenen Bildungsorten erwerben und ihre Bildung im Lebenslauf das Ergebnis eines vielfältigen Zusammenwirkens aller Bildungsorte ist. Deren Kooperation und Vernetzung kommt daher zentrale Bedeutung zu. Eine kommunale Bildungssteuerung, die von der Bedarfslage der einzelnen Kinder und der Unterschiedlichkeit ihrer Lebensläufe ausgeht, leiste genau diese Koordinierungsarbeit, so Neumann. Hier gelte es, zahlreiche Akteure miteinander in Beziehung zu setzen, wie die Darstellung beispielhaft illustriert.

Für die Veranstaltung hat die Transferagentur drei Themen ausgewählt, die sich für einen Einstieg ins DKBM besonders anbieten: die Familienbildung, der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule und die Kitabedarfsplanung.



Familienbildung soll positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien schaffen und ein gelingendes Aufwachsen ermöglichen, indem sie die elterliche Erziehungskompetenz und Beziehungskultur in Familien stärkt. Für eine bedarfsorientierte Bereitstellung von Familienbildungsangeboten trägt die Kommune eine Planungsverantwortung, die in der Regel von den Jugendämtern wahrgenommen wird. Eine mögliche Steuerungsstruktur zur Optimierung der Familienbildung könnte so aussehen, dass im Jugendamtsbereich eine entsprechend beauftragte koordinierende Verwaltungseinheit geschaffen wird, diese eng mit dem kommunalen Bildungsmanagement zusammenarbeitet und von beiden das Netzwerk der Familienbildungsakteure in die Entwicklung und Ausgestaltung einer kommunalen

Familienbildungsstrategie eingebunden wird. Gerade am Beispiel der Familienbildung lässt sich der Governanceansatz in der kommunalen Bildungssteuerung gut verdeutlichen, geht es hier doch um die Koordinierung einer differenzierten Trägerlandschaft, bestehend aus den Bildungsinstitutionen öffentlicher Träger, frei-gemeinnützigen Verbänden, Vereinen, Initiativen sowie gewerblichen Akteuren. Als Aufgabe stellt sich dem kommunalen Bildungsmanagement, einen Überblick über Akteure, Angebote und Schnittstellen zu schaffen, Kontakte zu Netzwerken und Verwaltungsbereichen zu knüpfen und Informationen zur Angebotspalette als auch den Bedarfen unterschiedlicher Zielgruppen bereitzustellen. Wie dies inhaltlich und methodisch angegangen werden kann, wird im Vortrag von Prof. Dr. Stüwe vorgestellt.

Der Übergang von der Kita in die Grundschule ist ein weiteres wichtiges Themenfeld eines kommunalen Bildungsmanagements. Die Kooperation von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ist inzwischen gesetzlich festgeschrieben (BayKiBiG Art. 15, Abs. 2). Die pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen und die Lehrkräfte an den Schulen sollen sich regelmäßig über ihre pädagogische Arbeit informieren, die pädagogischen Konzepte aufeinander abstimmen und die Kinder, die bald eingeschult werden, auf den Übergang vorbereiten und begleiten. Das Anforderungsprofil an die Bildungseinrichtungen hat sich dementsprechend gewandelt: Sie beziehen die Eltern in ihre Arbeit ein, sie öffnen sich dem sie umgebenden Sozialraum, sie arbeiten mehr und mehr multiprofessionell, sie fördern das Kind individuell und tauschen sich über das Kind aus. Hierbei ist es von großem Vorteil, wenn der Koordinierungsaufwand von einem kommunalen Bildungsmanagement strukturell unterstützt werden kann. Eine gute Möglichkeit, den Übergang Kita-Grundschule zu betrachten, bietet die Schuleingangsuntersuchung, die in den Kommunen meist im Gesundheitsamt durchgeführt wird. Wie die Zusammenarbeit und Datenverwertung hier aussehen kann, beschreibt am Beispiel der Stadt Nürnberg das Forum mit Brigitte Fischer-Brühl.

Eine klassische Aufgabe von Kommunalverwaltungen ist die Kitabedarfsplanung, ein weiteres Thema der Werkstatt. Sie muss die Bevölkerungsentwicklung vorwegnehmen, damit sie das passende Betreuungsangebot ausreichend bereitstellen kann. Doch die Bevölkerungsentwicklung ist in den letzten Jahren in Bewegung geraten: eine wachsende Binnenwanderung und Zuwanderung aus dem Ausland, zunehmende Alterung und vergleichsweise niedrige, aber wieder leicht steigende Geburtenraten. All dies verläuft regional sehr disparat und schafft Räume mit Bevölkerungsrückgängen oder prosperierende Räume mit Bevölkerungszuwächsen, oft sogar schon innerhalb eines Landkreises. Dies hat qualitativ wie quantitativ unmittelbare Auswirkungen auf Bildungsinfrastruktur, Zahl der Bildungsteilnehmer/innen und Personalausstattung. Zugleich gibt es gesellschaftliche Trends, auf die eine Kommune reagieren muss, indem sie die Betreuungswünsche der Eltern in Erfahrung bringt. Es liegt auf der Hand, dass solch komplexe Situationen methodisch bewährte Planungsprozesse und Monitoringsysteme erfordern. Einen Ansatz dazu zeigt im Forum am Nachmittag das Bildungsbüro des Landkreises Schwandorf, das ein Projekt im Städtedreieck umgesetzt hat.

Um all diese Bereiche gut und im Sinne der Bildungsteilnehmer/innen vor Ort zu managen, sind Strukturen, die ein konsequentes Zusammenwirken von Management und Monitoring in der kommunalen Verwaltung erzeugen, notwendig. Vielfach werden sie aktuell geschaffen. Wie dieses Ineinandergreifen der Prozesse gelingen kann, dafür sei, so schloss Neumann seinen Vortrag, der Landkreis Mühldorf a. Inn ein herausragendes Beispiel.

Hauptvortrag: Management und Monitoring der frühkindlichen Bildung im Landkreis Mühldorf a. Inn

Carmen Legni, stellvertretende Leiterin der Stabsstelle „Lernen vor Ort“ und Referentin für Bildungsmonitoring im Landkreis Mühldorf a. Inn, stellte in ihrem Vortrag dar, wie sich der Landkreis seit vielen Jahren für ein Bildungsmanagement der frühkindlichen Bildung und Übergangsmanagement einsetzt. Im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ wurde hier zwischen 2009 und 2014 ein ganzheitliches Bildungsmanagement aufgebaut. Dass dieses eine hohe Priorität genießt und Chefsache ist, kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Stabsstelle dem Landrat direkt zugeordnet ist. Über ein Patenmodell wird für die Mitarbeitenden der Stabsstelle ein guter Kontakt in die Kernverwaltung hergestellt. Dadurch ist gewährleistet, dass die Handlungsfelder, die in der Stabsstelle bearbeitet werden, intern fest verankert und mit Unterstützung der Paten, zu deren Verwaltungsbereichen Schnittflächen bestehen, gezielt nach außen getragen werden können.

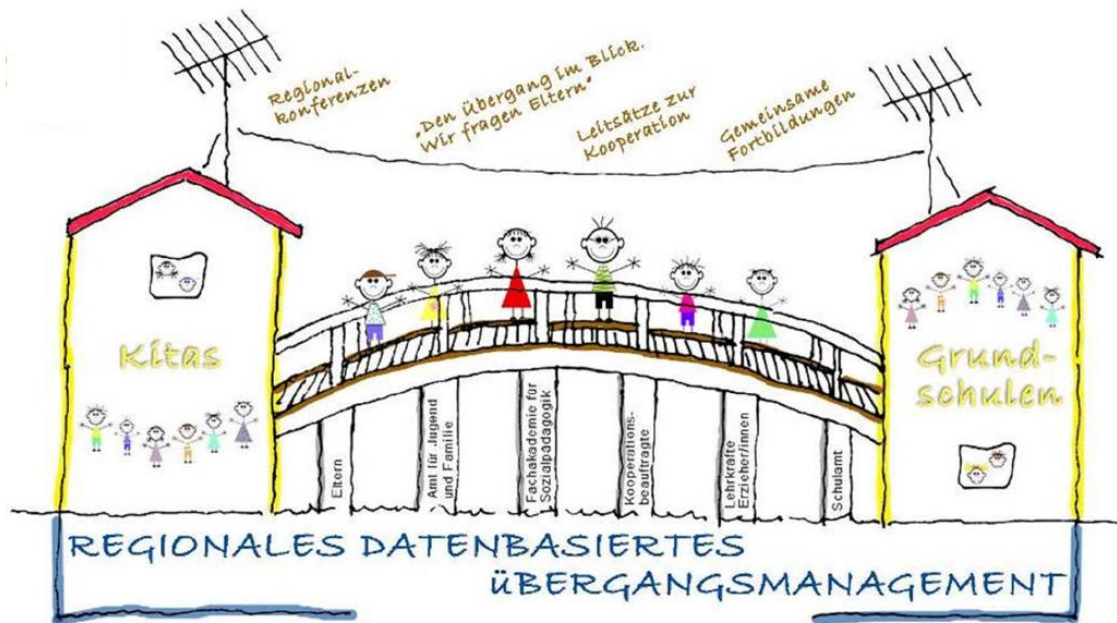


Den Übergang von der Kita in die Grundschule optimal zu gestalten ist einer der inhaltlichen Schwerpunkte des Mühldorfer Bildungsmanagements. Hierfür bedarf es einer guten Kooperation zwischen den Fachkräften von Kitas und Schulen sowie einer partnerschaftlichen Einbindung der Eltern. Legni berichtete von den kreisweit umgesetzten Projekten, die diese Ziele verfolgten. Parallel zu den Maßnahmen im Übergang Kita-Grundschule wurde die frühkindliche Bildung kontinuierlich von der Bildungsberichterstattung aufgegriffen und zuletzt im Sonderbericht 2016 „Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung im Landkreis Mühldorf a. Inn“ vertieft. Dazu gab es den politischen Auftrag, nach Jahren des verstärkten quantitativen Krippenausbaus einen Überblick über die Landschaft der Kindertagesbetreuung zu gewinnen, aber auch Qualitätsdimensionen in den Blick zu nehmen. Zudem können mit dem KiBiG.web, dem Datenverwaltungsprogramm für geförderte Kindertageseinrichtungen, kleinräumige Daten zur frühkindlichen Bildung inzwischen gut ausgewertet werden. Die Bildungsgespräche, in denen die Daten des Bildungsberichts mit den Bildungsakteuren gemeinsam diskutiert werden, sind mittlerweile ein fester Bestandteil im Prozess der Bildungsberichterstattung im Landkreis Mühldorf a. Inn.

Mit einer Elternbefragung brachte der Landkreis Mühldorf a. Inn in Erfahrung, wie Eltern den Übergang ihres Kindes vom Kindergarten in die Grundschule erleben und welche Erwartungen, Wünsche oder Befürchtungen sie damit verbinden. Damit kommen wichtige Ansatzpunkte für Verbesserungsmöglichkeiten in den Blick. In Zusammenarbeit mit Vertretern der Kindertageseinrichtungen, den Fachberatungen, dem Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP), der Fachakademie für Sozialpädagogik Mühldorf, dem Amt für Jugend und Familie und dem Schulamt Mühldorf wurde die Untersuchung gemeinsam mit „Lernen vor Ort“ konzipiert und 2011/2012 durchgeführt. Dabei wurde das Erfahrungswissen von Lehrkräften und Erzieher/innen in die Fragebogengestaltung eingebunden. Eltern, deren Kinder vor der Einschulung standen, wurden in 26 teilnehmenden Kitas befragt, was ihnen in dieser Zeit wichtig ist und welche Unterstützung sie durch Kindergarten und Grundschule benötigen. Etwa ein Jahr später erfolgte in 22 teilnehmenden Grundschulen eine zweite Befragung von Eltern, deren Kinder bereits die erste Klasse besuchten. Die Ergebnisse aus dieser Untersuchung wurden für eine Verbesserung des Übergangs genutzt. Die miteinander kooperierenden Kindergärten und Grundschulen erhielten ihre einrichtungsspezifisch aufbereiteten Ergebnisse und können auch weiterhin die Fragebögen verwenden, um die Qualität ihrer Kooperation zu reflektieren.

Im Rahmen des Projekts, das als solches auch einen Beitrag zu Vertrauen und einer gemeinsamen Identität aller Akteure lieferte, wurde ein Konzept zur Intensivierung der Kooperation entworfen. Es wurden Leitsätze aufgestellt, die einen Orientierungsrahmen für eine intensivierte Zusammenarbeit der Kitas und Grundschulen darstellen, und ein struktureller Rahmen für ihre Kooperation geschaffen. Erzieher/innen und Grundschullehrkräfte konnten gemeinsam für sie organisierte Fortbildungen wahrnehmen. Diese behandelten Aspekte der Teambildung und -entwicklung, das Führen von

Elterngesprächen, die Bedeutung der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit Eltern und der unterschiedlichen Milieus, denen Familien angehören. Im Tandem konnten sie zudem eine fachliche Beratung zur Umsetzung eigener Ideen und Konzepte in ihren jeweiligen Einrichtungen erhalten.



Als weiteres Ergebnis aus der Elternbefragung resultierte der mittlerweile in mehrere Sprachen übersetzte Elternratgeber "Fit für die Schule – Ideen und Tipps für den Alltag". Er ist eine Sammlung von Beispielen, Tipps und Hinweisen für Eltern, die ihr Kind in der Übergangsphase aus dem Kindergarten in die Grundschule lernfördernd zuhause begleiten möchten. Darauf aufbauend wurde 2016 ein Elternratgeber speziell für den frühkindlichen Bereich (1 bis 3 Jahren) entwickelt. Der Elternratgeber ist Bestandteil von Elterngesprächen zwischen Fachpersonal und Eltern und soll nur im persönlichen Gespräch, z. B. bei Entwicklungsgesprächen in der Kita, an Eltern weitergegeben werden.

Die Entwicklung von gemeinsamen Qualitätsstandards für Kindertageseinrichtungen gestaltete sich schwieriger als zuvor angenommen und deren flächendeckende Umsetzung scheiterte zuletzt an der Trägervielfalt und übergeordneten Regelungen. Maßnahmen und Ansätze, die aus den im Jahr 2012 formulierten trägerübergreifenden Qualitätsstandards hervorgegangen sind, bestehen u. a. aus zwei regionalen Weiterqualifizierungen für Krippenpersonal und Leitungen, dem Anstoß eines bedarfsgerechten Fort- und Weiterbildungsangebots des pädagogischen Personals im Landkreis als auch dem regelmäßigen Austausch zwischen Träger und Leitung. Bei der Qualitätsentwicklung setzt der Landkreis Mühldorf neben der Konzentration auf strukturelle Merkmale insbesondere auf die pädagogische Qualität in der Kindertagesbetreuung und unterstützt durch den Einsatz einer *Pädagogischen Qualitätsbegleitung in Kindertageseinrichtungen (PQB)* Kitas seit 01.01.2015 in ihrer Qualitätssicherung und -weiterentwicklung.

Die anschließende Diskussion startete mit der Frage, wie man frühkindliche Bildung definieren kann: Lässt man sie mit dem Übergang in die Grundschule enden oder die ganze Grundschulzeit umfassen? Wie die „Bayerischen Bildungsleitlinien für die Bildung und Erziehung von Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit“ im Namen tragen, beziehen diese die gesamte Grundschulzeit ein. Die meisten der anwesenden Kommunen verstehen jedoch darunter die Zeitspanne von der Geburt bis zum Eintritt in die Grundschule, so auch der Landkreis Mühldorf a. Inn.

Starke Eltern und Kinder – Eltern- und Anbieterbefragung zur Familienbildung

Der Nachmittag begann mit einem Vortrag von Professor Dr. Klaus Stüwe vom Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft, einem Institut der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, das sich vorrangig der Familienforschung widmet. Er referierte über die Rolle der Familienbildung und die Eltern- und Anbieterbefragungen, die das Institut dazu durchführt.



Familienbildung hat vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Wandels, der sich vor allem in veränderten Familienstrukturen zeigt, an Bedeutung gewonnen. Familien müssen sich die Kompetenzen für ein gutes Zusammenleben als Familienmitglieder, zur Haushaltsorganisation und zur Gestaltung des Familienalltags individuell und eigenverantwortlich aneignen. Die Angebote der Familienbildung leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Prof. Stüwe stellte fest: Familienpolitik ist immer auch Kommunalpolitik. Viele Kommunen haben bereits bemerkt, dass eine aktive kommunale Familienpolitik die Attraktivität der Kommune als Standort und Lebensraum für Familien steigern kann. Familienbildung ist rechtlich in der Jugendhilfe verankert (§16 SGB VIII) und eine kommunale Pflichtaufgabe. Als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe obliegt den kommunalen Jugendämtern hierbei die Planungsverantwortung. Zusätzlich legt die Bayerische Staatsregierung Förderprogramme auf, um Eltern in ihrem Erziehungsalltag zu unterstützen. Jüngst hat sie die Kampagne „Stark durch Erziehung“ (www.stark-durch-erziehung.de) gestartet, die alle Hilfsangebote für Familien aufzeigt.

Familienbildungsangebote richten sich an alle Eltern. Sie sollen dazu beitragen, dass diese ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen, Konflikte leichter lösen, Lebens- und Familienphasen problemlos durchlaufen und ihr Miteinander positiv weiterentwickeln können. Sie sollten so gestaltet sein, dass sie auf die unterschiedlichen Bedürfnisse, Interessen und Lebenslagen von Familien eingehen können. Die Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der Angebote muss aus der Perspektive der unterschiedlichen familiären Bedarfslagen und Milieus besonders berücksichtigt werden. Doch genau hier sehen sich Kommunen vor die doppelte Herausforderung gestellt, zum einen die Bedürfnisse der Familien in ihrer Kommune gut zu kennen und zum anderen einen Überblick über die bestehenden Familienbildungsangebote zu haben. Eine Bestandsanalyse der Familienbildungsangebote vor Ort sowie eine Bedarfserhebung liefern dafür wertvolle Erkenntnisse und eine Planungsgrundlage für die bedarfsorientierte Koordinierungs- und Gestaltungsaufgabe der Kommune in diesem Feld.

Das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft hat bislang mit zwei kommunalen Partnern für eine Erhebung der Angebots- und Nachfrageseite kooperiert: Das Erhebungsprojekt mit dem Landkreis Eichstätt ist bereits abgeschlossen, im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen befindet es sich aktuell noch in der Feldphase. Die Zielsetzung der Erhebungen ist, der Kommune als Auftraggeberin ein Steuerungsinstrument in die Hand zu geben und Lücken in der Angebotslandschaft aufzuspüren. Die leitenden Fragestellungen der Untersuchung beziehen sich daher auf die Art der Angebote, die angesprochenen Zielgruppen, die Bedarfe und die Nutzung. Aus den Befragungsergebnissen werden spezifische

Handlungsempfehlungen für die Koordination in der Kommune abgeleitet. Was unter Familienbildungsangeboten verstanden werden soll, wird dabei vorher in Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber/der Kommune definiert.

Prof. Stüwe berichtete die wesentlichen Ergebnisse aus der bereits abgeschlossenen Studie für den Landkreis Eichstätt: Eltern mit minderjährigen Kindern wurden über Bildungseinrichtungen dazu gewonnen, sich an der Befragung zu beteiligen. 18,1 Prozent dieser Familienhaushalte im Kreis, das entspricht einem Rücklauf von über 4.100 Fragebögen, haben sich schließlich an der Umfrage beteiligt. Etwa zwei Drittel von ihnen haben 2013/14 Familienbildungsveranstaltungen besucht. Ein noch größerer Teil äußerte eine Bereitschaft, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen. Regionale Unterschiede wurden sichtbar, aber es gab keine Gemeinde im Kreis, an der weniger als die Hälfte der teilnehmenden Eltern an solchen Angeboten partizipiert hätte. Da die Familien unabhängig von ihrem Wohnort die gleichen Chancen zur Teilnahme an Familienbildungsangeboten haben sollen, ist ein Ausbau dezentraler Angebote im Landkreis weiterhin notwendig. Die Eltern wünschen sich generell mehr Veranstaltungen und eine thematisch differenziertere Angebotsvielfalt.

Deutlich wurde aus der Befragung auch, dass die Information über die Angebote verbessert werden muss, denn viele der Eltern kritisierten, dass die Angebote sie nicht, kaum oder unzureichend erreichen. Sie schlugen Betreuungseinrichtungen als wichtige Informationsvermittler vor. Prof. Stüwe wies am Ende seines Vortrags darauf hin, dass eine solche Untersuchung allein für sich schon einen Mehrwert darstelle, denn darüber würde Familienpolitik als Thema in der Kommune relevanter. Sie erzeuge eine öffentliche Debatte über Familienbildung und sei ein Stück weit Bürgerbeteiligung.

In der anschließenden Diskussion beantworteten Lisa Hartmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut, und Kathrin Kimmich, Leitung der Zukunftsinitiative Altmühlfranken, Fragen zur Umsetzung der aktuellen Befragung im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Um Familien, die ihre Kinder zuhause betreuen, die Teilnahme an der Befragung zu ermöglichen, wurde der Fragenbogen auch auf der Landkreis-Website online verfügbar gemacht. Fragen zur Sozialstruktur mussten aufgrund des Datenschutzes und der Möglichkeit des Rückschlusses auf einzelne Personen begrenzt werden. Trotzdem gaben die Fragebögen, die die Berufstätigkeit einzeln nach Mutter und Vater abfragten, neue Aufschlüsse z.B. über die Anzahl von berufstätigen Müttern im ländlichen Raum.

Kimmich betonte, dass für den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen die Generierung von Anschlussprojekten aus der Befragung wichtig ist. Man möchte vor allem die Transparenz der Angebotspalette erhöhen. Daher strebt man eine hohe Rücklaufquote an, indem man beispielsweise die Fragebögen während des Kitaleitungstreffens verteilt.

Forum: „Netzwerk Frühkindliche Bildung im Städtedreieck – Demografie und Kinderbetreuung“

Manuela Radtke (Bildungsmanagerin im Landkreis Schwandorf) stellte die bisherige Bilanz des Städtedreiecks im frühkindlichen Bereich und der Elternbildung vor, der durch den Bildungsregionsprozess 2015 angestoßen wurde. Für eine qualitative Weiterentwicklung in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung können die aktuellen Erfahrungen und Ergebnisse aus dem DKJS-Projekt „Qualität vor Ort“ genutzt werden, das seit Sommer 2016 den Landkreis unterstützt. Das Bildungsbüro koordiniert dabei die Zusammenarbeit der beteiligten Bildungsakteure im Städtedreieck Burglengenfeld, Maxhütte-Haidhof, Teublitz. Die Zielklärung war eine wichtige Voraussetzung für die folgenden Projekt-Meilensteine:



Kick-off-Veranstaltung, Initiierung von Arbeitskreisen, Einrichtung einer Steuerungsgruppe. Vorgestellt wurde eine mehrstufige Bedarfsermittlung im Frühjahr 2017, in der sowohl die Bedarfe von Kitas und Grundschulen als auch die Sicht des Fachpersonals in den Einrichtungen und der Elternbeiräte analysiert wurden. Als Resultat konnten drei Handlungsfelder eruiert werden: Elternarbeit, Fortbildungen und Elternratgeber. Ab Herbst 2017 sollen diese Projekte umgesetzt werden, indem in einer Arbeitsgruppe eine Elternplattform diskutiert und Fortbildungsthemen angeboten werden. Für den anvisierten Elternratgeber dient die Vorlage aus Mühldorf a. Inn, die durch Fachpersonal aus den Einrichtungen an die regionalen Verhältnisse angepasst und durch Angebote ergänzt werden soll.

Ausgangspunkt der intensiven Betrachtung des Städtedreiecks, so berichtete Florian Schmid als Bildungsmonitorer, war der starke Anstieg von Betreuungsangeboten und der zunehmende Bevölkerungszuzug in den letzten Jahren, bedingt durch die Ausweisung von vielen Neubaugebieten in der Region. Das Städtedreieck liegt im Einzugsbereich der prosperierenden Stadt Regensburg, deren Wohnangebote für die hinzuziehenden Arbeitskräfte und deren Familien knapp werden und daher zu einer verstärkten Abwanderung in die angrenzenden Landkreise führen. Das Bildungsbüro des Landkreises Schwandorf wurde daher beauftragt, eine umfassende statistische Aufarbeitung für den frühkindlichen Bereich in dem Städtedreieck zu entwickeln, um eine gezielte Steuerung von zukünftigen Kinderbetreuungsangeboten fundiert und rechtzeitig planen zu können - weg von Notfall- und Einzelfalllösungen in den Gemeinden.

Es zeigt sich, dass im Vergleich 2010/2015 mehr Kinder auch länger betreut werden, was auf den Zuzug von Familien in der Altersgruppe von 25- bis 40-jährigen Eltern mit kleinen Kindern zurückzuführen ist. Die Ergebnisse haben das ohnehin vorliegende "Bauchgefühl" der kommunalen Spitzen der Region bestätigt und erstmals mit Zahlen hinterlegt. Das Bildungsbüro berechnete Parzellen- und Potenzialfaktoren, die schon vor Ausweisung eines Neubaugebietes schätzen lassen, wie viele neue Betreuungsplätze nötig werden. Die Daten konnten bereits als Sachgrundlage für Diskussionen und Beschlüsse verwendet werden. Als Handlungsmöglichkeiten bleibt für die Kommune ein Kita-Neubau oder die Erweiterung der vorhandenen Kita-Infrastruktur. Schmid wies auf die unterschiedliche Software bei den verschiedenen Einwohnermeldeämtern hin. Als vorteilhaft für die Zusammenarbeit des Bildungsmonitorings mit dem jeweiligen Einwohnermeldeamt hat sich ein Kooperationsvertrag des Landrates mit den drei Bürgermeistern erwiesen. Dadurch gelang ein leichter und schneller Datenzugang.

Die Analyse der Daten und die intensive Einbindung der Beteiligten im Städtedreieck stellt für das Schwandorfer Bildungsbüro einen Startpunkt für das Thema frühkindliche Bildung dar. Ähnliche Datenaufbereitung und Diskussionen in anderen Gemeinden des Landkreises werden folgen, aber Radtke und Schmid betonten beide, dass dafür der Wille zur Zusammenarbeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und deren Stadträte Voraussetzung ist: Dann würden Prozesse in weiteren Gemeinden mit viel weniger Einsatz des Bildungsbüros initiiert werden können, da auf die Erfahrungen aus dem Städtedreieck zurückgegriffen werden kann.

In der anschließenden Diskussion betonten einige Kommunen die Einbeziehung der Eltern als Schlüsselfaktor bei der Ausgestaltung und bedarfsgerechten Planung von Kinderbetreuungsangeboten. In der Stadt Bamberg findet daher in Kooperation der Otto-Friedrich-Universität regelmäßig



eine Elternbefragung statt. Als weitere Praxisbeispiele wurden Familienstützpunkte, Familienabende oder Elternratgeber genannt. Ein regelmäßiges Beratungsangebot von Sozialdiensten bei Familienfrühstücken in Kitas kann ebenso dazu beitragen, mehr Eltern zu erreichen. Die Erfahrungen der Kommunen zeigen auch, dass Eltern einen Kita-Platz entweder nach der Entfernung von Wohn- oder Arbeitsort oder speziellen pädagogischen Gesichtspunkten auswählen: So hätten z.B. Montessori-Angebote einen weiteren Einzugsradius, der beachtet werden muss. Als ein weiterer Ansatzpunkt zur Erreichung von Eltern wurde auf die aufsuchende Elternarbeit hingewiesen, zu der bisher noch wenig praktische Erfahrungen und Lösungsansätze in den anwesenden Kommunen vorliegen. Zukünftig relevant könnte angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen die Berücksichtigung der spezifischen Situation der Neuzugewanderten und deren Fluchthintergründe werden. Beides spiele für den Landkreis Schwandorf derzeit keine relevante Rolle in der Betrachtung der Daten.

Bezogen auf die Management-Aufgaben wurden von den anwesenden Kommunen eine klare interne Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Bildungsbüro betont: Wer ist für welche Aufgabenfelder verantwortlich und zuständig? Wie kann eine Unterstützung durch das Bildungsbüro bei der Bedarfsplanung aussehen, die Synergieeffekte nutzt? Als besondere Herausforderung für ein Bildungsbüro erweist es sich, wenn zeitgleich Auswertungen im frühkindlichen Bereich für einen anstehenden Bildungsbericht und die kommunale Kitabedarfsplanung anstehen. Auch für diesen Fall ist eine gute verwaltungsinterne Kooperation mit den entsprechenden Fachabteilungen hilfreich und notwendig.

Forum „Übergang Kita-Grundschule - Die Schuleingangsuntersuchung als Grundlage für Management und Monitoring“



Aus der Perspektive des Bildungsmanagements stellte Brigitte Fischer-Brühl im zweiten Forum die Schuleingangsuntersuchung (SEU) als eine besonders wertvolle Datenquelle für die Maßnahmenentwicklung an der Schnittstelle Kita-Grundschule vor. Fischer-Brühl hatte in ihrer Zeit im Bildungsbüro der Stadt Nürnberg ein entsprechendes Projekt durchgeführt.

Die Schuleingangsuntersuchung kann als eine Datenquelle unter mehreren zur Beschreibung des Übergangs Kita-Grundschule herangezogen werden. Ihr großer Vorteil: Sie ermöglicht aussagekräftige kleinräumige Betrachtungen, weil die Wohnorte der angehenden Schüler/innen erfasst werden und sie somit genau einem Sozialraum (Stadtteil, Gemeinde) zugeordnet werden können. Diese sozialräumliche Auswertbarkeit gibt es z.B. in der Kinder- und Jugendhilfestatistik nicht, da diese auf den Meldungen

der Kindertageseinrichtungen beruht, Kinder aber auch in Kindertageseinrichtungen gehen, die nicht in ihrem Schulsprengel liegen. Zudem ist die SEU für jedes Kind gesetzlich vorgeschrieben. Es werden also nahezu alle Kinder eines Jahrgangs erfasst, womit ein umfassendes Bild zu den möglichen Analysedimensionen der SEU gezeichnet werden kann.

Die Untersuchung wird als Screening in Nürnberg vom Gesundheitsamt der Stadt durchgeführt und besteht aus zwei Teilen: Vorab sollen Eltern einen Fragebogen (Anamnesebogen) ausfüllen und zum Termin der Untersuchung mitbringen. Vor Ort führen Krankenschwestern mit den Kindern bestimmte, verbindliche Tests durch, die den Gesundheitsstatus und den Entwicklungsstand (Hören, Sehen, Sprechen, Fein- und Grobmotorik, Wissen) der Kinder betreffen. Die so entstehenden einzelnen Datensätze werden vom Gesundheitsamt an das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) gemeldet und dort plausibilisiert. Danach gehen sie an das Gesundheitsamt zurück und von dort in Nürnberg unter Beachtung des Datenschutzes an das Amt für Stadtforschung und Statistik. Dieses wertet die Daten sozialräumlich aus und stellt sie dem Gesundheitsamt sowie dem Bildungsmanagement aggregiert zur Verfügung.

Das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg hat für das Bildungsmonitoring und -management die direkt bildungsrelevanten Indikatoren aus der SEU verwendet. Dazu zählen vor allem der Sprachstand des Kindes, die Kindergartenbesuchsdauer, die

Teilnahme an Fördermaßnahmen und die Muttersprache der Eltern. Mit einem ausreichend langen Kindergartenbesuch sind gerade Kinder mit Zuwanderungshintergrund besser auf die Grundschule vorbereitet. In der Stadt Nürnberg wurde 2014 herausgefunden, dass im Untersuchungszeitraum durchschnittlich 17,2 Prozent aller Kinder weniger als drei Jahre lang einen Kindergarten besucht hatten. Die Kindergartenbesuchsdauer, die in den einzelnen Schulsprengeln unterschiedlich ausfällt, wurde mit weiteren sozialräumlichen Daten kombiniert: dem Anteil der unter sechsjährigen Kinder in Bedarfsgemeinschaften, dem Anteil der Sechsjährigen mit Migrationshintergrund an ihrer Altersgruppe und den Übertrittsquoten an die weiterführenden Schulen.

Es stellte sich heraus, dass in manchen Grundschulsprengeln die Kindergartenbesuchsdauer über einige Jahre hinweg niedriger als im Durchschnitt war, in anderen Sprengeln die durchschnittliche Dauer wiederum wechselte. Eine unterdurchschnittliche Kindergartenbesuchsdauer ging in einigen Sprengeln mit einem höheren Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund, einer höheren Quote von Kindern mit SGB-II-Bezug und einer geringeren Übergangsquote an Realschulen und Gymnasien einher. Dies darf jedoch nicht als Kausalität interpretiert werden. Es zeigte sich, dass auch Vorkommnisse, wie die temporäre Schließung einer wichtigen Einrichtung, bei den Kindern der umliegend wohnenden Familien zu einer verringerten Kindergartenzeit führen kann. Detailkenntnisse der Situation vor Ort sind daher für eine gute Interpretation der Daten unumgänglich. Berücksichtigt man dies, können die Daten der SEU wertvolle Hinweise darauf geben, welche Einrichtungen mit zusätzlichen Ressourcen gefördert werden sollten.

Das Bildungsmonitoring besprach die Ergebnisse gemeinsam mit dem Bildungsmanagement und den betreffenden Verwaltungsbereichen. Die Leitfrage dabei war: In welchen Schulsprengeln haben besonders wenige Kinder den Kindergarten besucht und warum? Fischer-Brühl zeigte anhand von vier Beispielen, wie die Ergebnisse in den jeweiligen Schulsprengeln gemeinsam mit dem Jugendamt und weiteren Akteuren unter die Lupe genommen und gegebenenfalls Handlungsempfehlungen erarbeitet wurden.

Die gesetzlich verpflichteten Kooperationen für das Übergangsmanagement Kita-Grundschule werden in Nürnberg durch regelmäßige Treffen der Arbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VIII (Jugendamt und freien Träger), einen runden Tisch der beiden Schulämter und des Jugendamts mit dem Bildungsmonitoring (für Sonderauswertungen oder Zusatzfragebögen auch mit den Gesundheitsämtern) und die Qualifizierung von Tandems aus Mitarbeiter/innen der Kitas und Grundschulen für die Zusammenarbeit ihrer Einrichtungen durch das Jugendamt ergänzt.

In der abschließenden Diskussion berichteten weitere Kommunen von ihrer Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und der Verwendung der Daten aus der Schuleingangsuntersuchung. In Augsburg konnte dank Transparenz und sorgfältigem Arbeiten eine Vertrauensbasis mit dem Gesundheitsamt aufgebaut werden, das selbst ein Interesse daran hat, dass der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Bildungsteilhabe dargestellt wird. Auch in der Stadt Bamberg gingen Daten aus der Schuleingangsuntersuchung in die Bildungsberichterstattung ein. Im Landkreis Ebersberg befindet sich die Kooperation mit dem Gesundheitsamt gerade im Aufbau.

Weiterführende Informationen

- Mühl Dorf a. Inn: Den Übergang im Blick. Wir fragen Eltern
www.lernenvorort-muehldorf.de/kinder-und-jugendliche/den-uebergang-im-blick-wir-fragen-eltern/
[www.lernenvorort-muehldorf.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Ver%C3%B6ffentlichungen/Abschlussbericht Den Uebergang im Blick.Wir fragen Eltern.pdf](http://www.lernenvorort-muehldorf.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Ver%C3%B6ffentlichungen/Abschlussbericht_Den_Uebergang_im_Blick_Wir_fragen_Eltern.pdf)
- Evaluation der Familienbildungsangebote im Landkreis Eichstätt 2014/15
[www.ku.de/fileadmin/190803/Publikationen/StudieJugendamt Bericht.pdf](http://www.ku.de/fileadmin/190803/Publikationen/StudieJugendamt_Bericht.pdf)



Kontakt:

Juliane Braun

Tel.-Nr.: 0911 231-14145

juliane.braun@metropolregion.nuernberg.de

Almut Kriele

Tel.-Nr.: 0911 231-78482

almut.kriele@metropolregion.nuernberg.de

Europäische Metropolregion Nürnberg e.V.

Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement

Regionalbüro Nord

Theresienstraße 9

90403 Nürnberg

transferagentur@metropolregion.nuernberg.de

www.transferagentur-bayern.de

www.metropolregion.nuernberg.de

Foto: © Michaela Lobentanzer/Transferagentur Bayern

August 2017



GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Deutsches
Jugendinstitut



metropolregion nürnberg